

## **Ansprache zur Gedenkveranstaltung für Charles Werabe am 23.10.2015**

Ich grüße Sie alle, die Sie gekommen sind, um einem *Menschen* zu gedenken. Herr Charles Werabe wurde am 01.01.1959 in Ruanda geboren und genau vor einem Jahr – in der Nacht vom 22 auf 23. Oktober- hier in der städtischen Notunterkunft in der Brückengasse von drei Männern gemeinschaftlich getötet. Der Hintergrund für dieses grauenhafte Verbrechen war eine rassistische und rechtsradikale Gesinnung. Alkohol hat zur weiteren Enthemmung beigetragen.

Als ich die Aufgabe angenommen habe, hier und heute einen Redebeitrag zu dieser Gedenkveranstaltung aus der Sicht der Wohnungslosenhilfe zu leisten, habe ich zwar geahnt, aber nicht wirklich gewusst, wie schwierig es ist, Worte zu finden, die das Geschehene angemessen beschreiben und die Themen Obdachlosigkeit – Flucht – Hilfe – Rassismus – Gewalt - Opfer – Täter in einen Kontext bringen, der Trauer, Wut, Hintergrundinformationen und vielleicht sogar Visionen beinhaltet.

Charles Werabe war Flüchtling. Er hatte seine Heimat, das Bürgerkriegsland Ruanda, mit 13 Jahren verlassen und in Deutschland versucht eine neue Heimat zu finden. Nach dem wenigen, was wir wissen, ist ihm dies trotz vieler Anstrengungen nicht gelungen. Am Ende seines Lebens findet er sich in einer kommunalen Notunterkunft wieder. Er ist obdachlos, heimatlos. Vermutlich innerlich und äußerlich. Hier in der Brückengasse 2 trifft er auf seine Mörder. Zwei 43jährige Männer und ein gerade mal 22 Jahre alter junger Mann. Zwei der Täter sind selbst obdachlos. Einer der älteren Männer wird sich später in seiner Zelle erhängen.

Ja, es ist so. Obdachlose Menschen sind nicht immer nur Opfer. Sie können auch Täter sein. Genau wie Beamte, Sozialarbeiter, Handwerker, Unternehmer. Genau wie bei anderen Personengruppen gibt es sie auch unter den Obdachlosen: Menschen, die sich nicht an Regeln halten, die respektlos sind, lügen, stehlen, gewalttätig, rechtsradikal sind...

Aber seien wir vorsichtig mit unseren Beurteilungen. Hüten wir uns davor, schnell den Stab über eine Gruppe von Menschen zu brechen, die unter unwürdigen Bedingungen und oft genug ohne Hoffnung auf Veränderung leben muss. Zumal es unter obdachlosen Menschen -natürlich wie bei anderen Gruppen auch- auch die andere Seite gibt. Hilfsbereitschaft und Solidarität, Aufrichtigkeit und Tapferkeit, Kreativität und Engagement.

Aber auf diese Menschen ist Charles in dieser unsäglichen Nacht leider nicht gestoßen. Er hat stattdessen Menschen getroffen, deren Geist und Haltung vergiftet waren von einer menschenverachtenden Ideologie, von Hass auf alle, die anders sind. Eine sozialdarwinistische Haltung, die sich gegen die Verlierer der Gesellschaft wendet und diese entmenschlicht und abwertet.

Wir erleben in diesen Tagen, dass es keine Einzelfälle sind, die diese Haltung propagieren und verbreiten wollen. Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, der NSU-Prozess, Pegida, das Messerattentat auf Henriette Reker...Hass und Hetze im Internet...

Das Bundeskriminalamt teilt heute mit dass es im laufenden Jahr bereits 580 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben hat. Zum Vergleich: Im letzten Jahr waren es 198 Angriffe.

Aber es gibt auch hier die andere Seite. Es gibt einen beachtlichen Teil der Zivilgesellschaft, der aufsteht und sich gegen diese Entwicklung wehrt. Auch dies gibt es und das brauchen wir. Menschen die sich engagieren und organisieren. Bündnisse für Zivilcourage und soziale Gerechtigkeit. Engagement nicht nur für sondern mit Benachteiligten. Wir brauchen eine Politik und Zivilgesellschaft, die sich eindeutig für ein solidarisches Miteinander ausspricht und dementsprechend handelt. Es ist ermutigend, wenn 200 Demonstranten eines Pegida-Ablegers in Bad Marienberg sich 2000 Menschen gegenüber sehen, die für Toleranz und Menschlichkeit eintreten, so wie gestern Abend im Westerwald geschehen. Ja, wir brauchen den Mut zum Widerspruch, wenn jemand Hass, Ausgrenzung und Verachtung predigt.

Aber wir werden einen langen Atem brauchen. Es gilt nicht alleine Zeichen zu setzen, sondern die „Mühe der Ebenen“ zu gewinnen.

Der Tod von Charles Werabe macht deutlich, wozu Fremdenhass und Verblendung führen kann. Charles trug ein doppeltes Risiko mit sich. Seine Hautfarbe und seine Obdachlosigkeit.

Wer obdachlos leben muss, ist gefährdet. Ich erinnere an dieser Stelle auch an Andy Schubert, der in der Nacht vom 3. auf 4. Oktober 2009 an einer Bushaltestelle in der Eisenbahnstrasse in Limburg in seinem Schlafsack mit 38 Messerstichen brutal ermordet wurde. Der oder die Mörder wurden bisher nicht ermittelt.

Die Zahl der obdachlosen Menschen in Deutschland steigt. Nach Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG WLH) waren 2014 ca. 335.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung - seit 2012 ist dies ein Anstieg um ca. 18 %.

Die Zahl der Menschen, die „Platte machen“, die also ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, stieg seit 2012 um 50 % auf ca. 39.000 in 2014 (ca. 26.000 in 2012).

Die BAG W prognostiziert von 2015 bis 2018 einen weiteren Zuwachs um 200.000 auf dann 536.000 wohnungslose Menschen. Das wäre eine Steigerung um ca. 60 %. Wenn die wohnungs- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen nicht nachhaltig geändert werden, wird es zu einem weiteren Anstieg der Wohnungslosenzahlen um 60 % auf knapp 540.000 bis zum Jahr 2018 kommen. Dabei spielt die wachsende Zuwanderung von EU-Bürgern und Asylbewerbern zwar eine Rolle als Katalysator und Verstärker, die wesentlichen Ursachen liegen jedoch in einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik in Deutschland, in Verbindung mit einer unzureichenden Armutsbekämpfung.

In meiner Arbeit habe ich gelernt, dass wir Menschen uns im Grunde genommen nicht wirklich voneinander unterscheiden. Wir haben alle die gleichen Sehnsüchte, Bedürfnisse und Wünsche. Das, was uns wirklich unterscheidet, sind die Lebensbedingungen. Niemand geht freiwillig in die Wohnungslosigkeit, wenn es gefühlt oder real bessere Alternativen gibt. Und hier dürfen und müssen wir uns

engagieren. Gerechtigkeit und Chancengleichheit müssen unverrückbares Ziel einer Demokratie sein. Dieses Ziel darf nicht verhandelbar sein.

Einer der größten Feinde der Demokratie und der Freiheit ist die Gleichgültigkeit. Dieser müssen wir uns entgegenstellen, durch die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung und dem aufrichtigen Bemühen ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit zu schaffen. In jedem Dorf, in jeder Stadt, in jedem Kreis. Nach dem *Hessischen Gesetz für Sicherheit und Ordnung* ist jede Kommune gesetzlich verpflichtet, einem Menschen der obdachlos los ist und sich selbst nicht helfen kann, ein Dach über den Kopf anzubieten. Einige Kommunen leisten diese Hilfe, andere tun dies nicht. Dies muss sich ändern. Und auch die Art der Hilfe, wenn sie denn gewährt wird, muss sich ändern.

Die schwierigen und unzureichenden Lebensbedingungen in den kommunalen Notunterkünften dürfen so nicht bleiben. Das Zusammenleben von Menschen auf engstem Raum, in oft verwahrlosten Unterkünften ohne Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeit und häufig ohne Möbel, wird der Not der Menschen ohne Unterkunft nicht gerecht. Das enge und unbegleitete Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Alters, mit Schwierigkeiten, die persönliche Krisen, Arbeits- und Wohnungslosigkeit, aber auch psychiatrischen Erkrankungen und Suchterkrankungen beinhalten, führt zu massiven Konflikten untereinander und zementiert Elend und Verelendung fest.

Die Lebensbedingungen in der Brückengasse waren nicht ursächlich für den Mord an Charles Werabe. Aber sie haben die Tat begünstigt.

Die Stadt Limburg will die Situation in den Obdachlosenunterkünften verändern. Wir sind uns da einig. Es braucht Mindeststandards in den städtischen Notunterkünften und es braucht Ansprechpartner und Betreuungsangebote. Ein Konzept und der parteiübergreifende politische Wille stehen. Jetzt braucht es die Mittel für die Umsetzung.

Die Kommunen leisten sehr viel, was die Notunterbringung der Flüchtlinge angeht. Aber sie werden mehr leisten müssen, ob sie es wollen oder nicht. Dabei dürfen sie selbstverständlich nicht alleine gelassen werden. Aber sie müssen Sozialplanung betreiben. Jetzt. Sie müssen die Steuerung für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum übernehmen. Jetzt.

Wohnungspolitik muss endlich Sozialpolitik werden.

Der Markt alleine wird es nicht richten.

Es braucht –auch hier im Landkreis– dringend ein **„Bündnis für Wohnen“** unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte sowie der Wohnungswirtschaft.

Und –bitte verstehen Sie mich richtig:

Wir brauchen *keinen* Wohnraum für *Flüchtlinge*.

Wir brauchen Wohnraum für *Menschen*.

Flüchtlinge sind Menschen.

Obdachlose sind Menschen.

Es gilt den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern, nicht zu gefährden.

Lassen wir nicht zu, dass Benachteiligte gegeneinander ausgespielt werden.

Natürlich, ein Teil der Flüchtlinge, die in unserem Land leben werden, werden die Obdachlosen von morgen sein, so wie Charles Werobe es wurde.

Sorgen wir dafür, dass diese und alle anderen Menschen, die -aus welchen Gründen auch immer- ohne Obdach und Zuhause leben müssen, hier willkommen sind und Gerechtigkeit und Sicherheit erfahren dürfen.

Lassen wir nicht zu, dass jemand in dieser Stadt frieren, hungern oder Angst vor Gewalt haben muss. Vielen Dank.

  
Harry Fenzl

23.10.2015

